

**Siehe, ich verkünde Euch
eine große Freude.
Euch ist heute der Heiland
geboren!**



Krippe von 1889 aus Alt Rohlau Egerland. Jetzt im Egerland Museum, Markt Redwitz

**Allen Mitgliedern des
Sudetendeutschen
Stammesverbandes,
Böhmens- und Mährens zweiten
Stamm,
Bayerns vierten Stamm.**

**Gesegnete Weihnachten und
ein gutes Neues Jahr 2019.**

**Wir werden auch 2019 weiter für Recht
und Gerechtigkeit, für unsere
Volksgruppe, besonders bei der EU-Wahl,
kämpfen.**

1918-2018 - 100 Jahre CSR

Weihnacht 1918

Deutsche entrechtet.

Weihnachten 1946

Deutsche vertrieben.

Die CSR ist „Endgermanisiert.“



Im Jahr 2018 immer noch nicht aufgearbeitet. Sehnt sich nach der Heimat in Alt Rohlau.

Weihnacht 1946.

Noch steht die Krippe, aber die Deutschen wurden vertrieben, die Krippe und viele Kirchen werden bald vernichtet oder zerstört sein, genau wie der christliche Glaube, dem im Jubeljahr 2018 nur noch 8% der Tschechen angehören. Deshalb verfallen die neu

renovierten Krippen und Kirchen im
Sudetenland, erneut.

Wir, liebe Landsleute, haben uns den
Glauben nicht nehmen lassen und zuerst
im neuen Zuhause und dann in der
angestammten Heimat, Krippen und
Kirchen, wieder aufgebaut oder
Gedenksteine an ihrer Stelle errichtet, die
oft mutwillig wieder zerstört werden.
**Wir können stolz sein auf unsere
Leistungen, die wir mit Gottes Hilfe
und der eigenen Tüchtigkeit
vollbracht haben.**

Danke, liebe Obleute und liebe Sudetendeutsche,

auch im vergehenden Jahr 2018 hat unsere Volksgruppe, deren Mandatsträger Ihr seid, wie seit ihrer Gründung, darum gekämpft ins Recht gesetzt zu werden, denn immer noch sind Vertreibungsdekrete und Straffreistellungsgesetze in Kraft und mit dem uns enteigneten Grundbesitz wird ein schwunghafter, internationaler Handel betrieben, an dem sich auch Firmen des Tschechischen Ministerpräsidenten beteiligen. Diese Entrechtung, die dem Völkerrecht widerspricht, wird mittlerweile nicht nur von der Politik gebilligt, von Teilen der SL akzeptiert, sondern sogar ein Richter spricht von Anpassung an die Fakten, das bedeutet eigentlich, Rechtsbeugung vor dem Unrecht.

Liebe Obleute, wir wurden gewählt, weil wir getreu der Eichstätter Erklärung, der Charta der Vertriebenen und der Satzung der SL, die maßgebend für unseren Eintritt in die SL war, uns dem Recht verpflichtet fühlen und erst dann unsere Aufgabe als erfüllt sehen, wenn Vertreibungsdekrete und Straffreistellungsgesetz in der Folterkammer der Geschichte gelandet sind und eine Regelung der offenen Vertreibungsfragen erfolgt ist.

Wir haben bisher vergeblich darauf gehofft, dass die Bundesregierung, die Europäische Union, getreu ihren eigenen Ansprüchen darauf bestehen wird, die Regelung dieser Völkerrechtsverbrechen herbeizuführen. Vom Schirmland Bayern und dem Schirmherrn haben wir das als selbstverständlich angesehen, was auch bis zu Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber der Fall war, siehe Sudetenpost vom Sudetendeutschen Tag 2002.

Leider haben wir uns darin getäuscht. Wirtschaftliche Erwägungen, wie die BY-Repräsentanz in Prag zählen nun mehr, als die Heilung der verletzten Menschenrechte an unserer Volksgruppe.

Aber da kommt doch noch die Europawahl im Mai 2019. Europa muss in die Pflicht genommen werden, Mitgliedstaaten, deren „Grundgesetz“ auf Vertreibung und Völkermord beruht zu veranlassen, dass zu ändern, weil es nicht in die Rechts- und Wertegemeinschaft EU passt. Wir brauchen dazu Verbündete. Auf Posselt können wir, schon wegen seines schlechten Listenplatzes, nicht mehr zählen, aber da gibt es noch andere, zum Beispiel Monika Hohlmeier, die Tochter von Franz Josef Strauß, die am 23.02.2019 zu uns sprechen wird und der wir unsere Anliegen vortragen werden.

Danke an Euch, liebe Obleute und Mitglieder, die Ihr am Recht festhaltet und weiter ehrenamtlich Veranstaltungen und Treffen durchführt, und so die SL zusammenhaltet, stehen wir noch lange nicht auf verlorenen Posten.

Im Gegenteil, es sind neue, junge Kräfte da, die mit neuen Ideen unsere Anliegen aufgreifen und an die Öffentlichkeit bringen. Es sind viele Aktionen im Gang, über die ich Euch im Jänner 2019 informieren werde.

Deshalb gehen wir mit großer Zuversicht in das Neue Jahre 2019, denn das Recht hat bis jetzt immer noch gesiegt und so lange das nicht der Fall ist, handeln wir nach den Worten von Papst Leo XII und Bertolt Brecht:

Wo Unrecht zu Recht wird – wird der Widerstand zur Pflicht.

**Ein gutes Neues Jahr für Euch, Eure Familien und unsere Volksgruppe,
wünscht von ganzem Herzen. Johann Slezak**

Zum traditionellen festlichen Neujahrsbeginn der Vertriebenen und in der Region München, lädt die Sudetendeutsche Landsmannschaft und der BdV alle Gesinnungsgemeinschaften, Heimatgliederungen und Mitbürger, herzlich ein.

**Einladung für: Sonntag, 13. Jänner 2019 um 14.30
Uhr**

Großer, feierlicher Festgottesdienst

Kirche St. Michael, München, Neuhauser Straße

Musikalische Gestaltung

**„Chor und Orchester St. Peter und Paul Trudering,
Leitung Chordirektor Thomas Schmid**

„Bayerischen Messe“ von Helmut Zöpfl und Paul Schmotz

Zelebranten Msgr. Dieter Olbrich und Msgr. Karl Wuchterl

**Anschließend Festlicher, heimatlicher Jahresanfang
Nach dem Gottesdienst, ab ca. 16.00 Uhr
Gaststätte Augustiner, Grüner Saal (schräg
gegenüber der Kirche St. Michael)**

Einladung zu:

**Böhmen und Mähren unsere Heimat,
Bayern unser Zuhause,
Deutschland unser Vaterland,
Europa unsere Zukunft.**

Mit Monika Hohlmeier, MdEP

**Termin und Ort wird noch mitgeteilt,
da weder der Stiftersaal noch das HdO
am 23.02.2018 zur Verfügung steht.**

**Die Europaabgeordnete und Tochter
von Franz Josef Strauß wird zu uns
reden und mit uns diskutieren.**

**Wegen der Bauarbeiten im Sudetendeutschen Haus,
könnte die Veranstaltung auch nebenan im HdO -
Haus des Deutschen Ostens, Lilienberg, stattfinden.**

**Liebe Freunde und Landsleute, wenn Sie unsere Aktionen, die wir ehrenamtlich durchführen,
die aber doch viel Kosten verursachen unterstützen wollen, bitten wir um Ihre Spende.
Spendenkonto: BIC: GENODEF1 M07 / IBAN: DE69 7016 9464 0100 0614 76 / Sudeten Recht**

Sudetendeutsche Post



Erscheinungsort Wels P. b. b.
Verlagspostamt 4020 Linz
Einzelpreis € 1,25 GZ 022030477M

Offizielles Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

Folge 11

Wien - Linz, 6. Juni 2002

48. Jahrgang

Entschädigung für
Irrtums-Opfer

(Seite 3)

Sudetendeutscher
Tag in Nürnberg

(Seiten 4 bis 7)

Tribüne der
Meinungen

(Seite 16)

Sudetendeutscher Tag: Stoiber zweifelt an Tschechiens Europatauglichkeit

Auch der 53. Sudetendeutsche Tag ließ heuer zu Pfingsten wieder die Wogen hochgehen: Schon im Vorfeld hatten sich tschechische Spitzenpolitiker auf die Vertriebenen eingeschossen, der sozialdemokratische Spitzenkandidat für die Parlamentswahlen Mitte Juni nannte die Vertreibung gar eine „Quelle des Friedens“. Der Vorsitzende der tschechischen Bischofskonferenz, Erzbischof Jan Graubner, wurde wie ein Landesverräter kritisiert, weil er es gewagt hatte, beim Sudetendeutschen Tag, der heuer unter dem Motto „Zukunft Europa – Friede und Recht“ stand, eine Messe zu lesen. Die schärfsten Gegenreaktionen – und viel Beifall in der Nürnberger Frankenhalle – erntete aber Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber: Er forderte auch bei seinem zehnten Auftritt vor der sudetendeutschen Jahresversammlung eine Aufhebung der Beneš-Dekrete: „Wer im Jahr 2002 in Europa Vertreibung und Entrechtung

verteidigt, die über 57 Jahre zurückliegen, der muß sich von allen Europäern fragen lassen, wie europatauglich er ist“, sagte Stoiber, dessen Rede mit besonderer Spannung erwartet worden war, da dieses Mal nicht bloß der Ministerpräsident, sondern der Kanzlerkandidat von CDU/CSU das Wort ergriff. Stoiber versicherte, daß er als Kanzler „in dem festen Willen, durch gemeinsame Bemühungen die Folgen der leidvollen Kapitel der gemeinsamen Geschichte zu bewältigen“, auf die tschechischen Nachbarn zugehen würde. Er unterstützte auch die Idee, aus tschechischen Mitteln einen Versöhnungsfonds für die vertriebenen Sudetendeutschen einzurichten. Weniger Beifall, dafür umso mehr Pfiffe und Buh-Rufe, erntete in Nürnberg Innenminister Otto Schily (SPD), der zwar die tschechische Regierung ebenfalls aufforderte, die Beneš-Dekrete aufzuheben, gleichzeitig aber betonte, daß diese Frage nicht mit dem EU-Bei-

tritt Tschechiens verknüpft werden dürfe. In Prag wurde die Forderung nicht nur umgehend zurückgewiesen. Ministerpräsident Zeman gab auch erneut eine Kostprobe seines unsäglichem Zynismus, indem er erklärte, den Sudetendeutschen sei mit der Vertreibung ja nur ein Wunsch erfüllt worden, denn sie hätten ja „heim ins Reich“ gewollt. Unüberhörbar war in Nürnberg auch, daß in Deutschland der Wahlkampf tobt: Während Stoiber die Vertriebenenpolitik der rot-grünen Bundesregierung scharf kritisierte, warf Schily Stoiber vor, er benütze den „deutsch-tschechischen Zwist für Wahlkampfzwecke“. Erwin Huber, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, wies diese Vorwürfe zurück: Stoiber habe „keinesfalls ein Junktim zwischen den Beneš-Dekreten und dem EU-Beitritt Tschechiens hergestellt“, so Huber einen Tag nach Pfingsten ...

Weitere Berichte vom Sudetendeutschen Tag im Blattinneren.

53. Sudetendeutscher Tag in Nürnberg



Viele tausend Vertriebene fanden sich auch heuer zu Pfingsten wieder in Nürnberg zum Sudetendeutschen Tag ein. Und wie jedes Jahr sorgte auch dieses Pfingsttreffen wieder für scharfe Attacken aus Prag, weil man dort die – nun auch vom SPD-Innenminister Schily erhobene – Forderung nach Aufhebung der Beneš-Dekrete nicht gern hört. Heftige tschechische Proteste erntete auch der Vorsitzende der tschechischen Bischofskonferenz, Erzbischof Jan Graubner. Er hatte es gewagt, beim Sudetendeutschen Tag eine Messe zu lesen, was in Prag als Landesverrat verurteilt wurde.

Foto: Laputka

Wie bitte?

VON MANFRED MAURER

BEIFALL FÜR EDMUND STOIBER, Pfiffe für Otto Schily. Und das, obwohl der Unions-Kanzlerkandidat und der sozialdemokratische Bundesinnenminister am Sudetendeutschen Tag dasselbe gefordert hatten – nämlich die Aufhebung der Beneš-Dekrete. Die kraß unterschiedlichen Reaktionen auf die beiden Reden haben freilich ihren guten Grund: Schily deponierte seine Forderung nach der Art eines Bankbeamten, der den Kreditnehmer zur Schuldentilgung mahnt, aber gleich dazusagt: Wenn's nicht geht, machen wir auch kein Drama daraus. Das fördert nicht gerade die Zahlungsmoral. Auch die tschechische Politik pfeift auf die Tilgung der historischen Schuldenlast, solange immer gleich dazugesagt wird: Aber mit dem EU-Beitritt hat das gar nix zu tun. Leute wie Schily, die das sagen, lügen sich im übrigen selbst in die Tasche: Denn mit dem EU-Beitritt verknüpft ist die Sudetendeutsche Frage spätestens, seit Kommission und Europaparlament Studien zur rechtlichen Beurteilung der Beneš-Dekrete in Auftrag gegeben haben.

SCHILY HAT SICH seine Pfiffe in Nürnberg also „redlich“ verdient.

UND WIE STEHT ES mit dem Beifall für Stoiber? Verdient?

UNBESTRITTEN FAND der Kanzlerkandidat klare Worte der Verurteilung über die vielen unsäglichem Aussagen tschechischer Politiker in den vergangenen Wochen und Monaten. Unbestritten verstand es der Kanzlerkandidat, sich als der bessere Anwalt der Vertriebenen zu präsentieren. Die scharfen Attacken, die Stoiber für seine Aussagen erntete, sind der Beweis: Da hat einer gesprochen, den Prag fürchtet. Der nennt die Dinge beim Namen: Die Dekrete sind Unrecht, für die Europäische Union untragbar, müssen endlich aufgehoben werden. Aber was bedeutet das konkret für das politische Handeln? Ja mei, is doch klar: Für die EU untragbares Unrecht und ein EU-Beitritt können nicht zusammengehen. Das ist doch die logische Schlußfolgerung, die man gar nicht extra zu erwähnen brauchte, weil sie so klar auf der Hand liegt. Stoiber hat A gesagt – und das B braucht man sich nur hinzuzudenken, um in frenetischen Beifall verfallen zu können. Dies umso mehr, als Minister Schily als Vertreter der rot-grünen Regierung ja ausdrücklich deponiert hat, daß er zwar A wie Aufhebung der Dekrete, aber garantiert nicht auch B wie Beitritthindernis sagt.

VON SCHILY UND GENOSSEN ist nichts zu erwarten, von Stoiber immerhin einiges zu erhoffen.

WEIL ABER DIE POLITIK erfahrungsgemäß nicht immer nach den Gesetzen der Logik funktioniert, wäre es halt auch schön gewesen, Stoiber hätte sich über die etwaigen Konsequenzen einer Fortsetzung der tschechischen Verweigerungspolitik ebenso deutlich und ausführlich geäußert wie über die Frechheiten tschechischer Politiker und die Versäumnisse der rot-grünen Regierung. Was bedeutet es, wenn Stoiber sagt, „zwischen Nichts und Allem, zwischen Null und Hundert gibt es viele denkbare Lösungen“? Gibt es also doch so etwas wie: Ein bißchen schwanger? Ein bißchen die Dekrete aufheben, aber doch nicht so ganz?

BEI ALLEM BEIFALL für Stoibers Rede steht noch immer eine Frage im Raum: Wie bitte, erklären Sie uns das noch einmal konkreter? Der Wunsch nach Klarstellung verstärkt sich umso mehr, als tschechische Zeitungen nach dem Sudetendeutschen Tag Interviews veröffentlichten, in denen Stoiber den EU-Beitritt Tschechiens nicht von einer Aufhebung der Dekrete abhängig macht, sondern lediglich davon sprach, daß diese Frage den Erweiterungsprozeß „begleiten“ werde. Was heißt das, und vor allem: Was ist, wenn diese Begleitung nicht zum gewünschten Ergebnis führt? Aus Stoibers eindeutiger Qualifizierung der Dekrete ließe sich als logische Konsequenz ableiten, daß Prag dann ein größeres Problem haben wird.

MANGELS ALTERNATIVEN bleibt den Vertriebenen sowieso nur die Hoffnung auf einen Kanzler Stoiber. Nur eines sollte diesem schon klar sein und bei jeder Gelegenheit auch auf Neue klar gemacht werden: Der Beifall, den er in Nürnberg geerntet hat, will erst verdient sein!



Jubiläum 100 Jahre Tschechische Republik !

100 Jahre Unrechtsstaat CSR, dann CSSR, dann CSR, heute CZ und SVK.

1918 Gründung der Tschechoslowakischen Republik, als Schweiz des Ostens. Leider war es nur ein löcheriger Schweizer Käse, der entgegen dem Völkerrecht einen Drittel seiner Bewohner die Autonomie und Selbstbestimmung verweigerte. Der Unrechtsstaat CSSR war geboren. Proteste, 4. März 1919, wurden blutig unterdrückt.

1919-1938 Diskriminierung und Benachteiligung der Deutschen Bevölkerung, schleichende Entrechtung und Entgermanisierung,

1938 Münchner Abkommen trennt, mit Zustimmung der Siegermächte, auf Druck von Adolf Hitler, die Sudetengebiete ab, es entsteht der Reichsgau Sudetenland. Dort lebende Tschechen werden nicht vertrieben, und leben mit den Sudetendeutschen Nachbarn weiter friedlich zusammen.

1945 Sudetendeutsche flüchten nicht vor der Roten Armee, weil sie auf den Schutz ihrer Tschechischen Nachbarn vertrauen.

1945 Tschechische Milizen richten Massaker unter den Sudetendeutschen an. Wilde Vertreibungen, Todesmärsche, Vergewaltigungen - und die Welt schaut zu.

1945-1946 Nach der Konferenz von Potsdam, „humane Vertreibung“ in Viehwaggons mit 50Kg Gepäck in das zerstörte, hungernde und frierende Rest-Deutschland.

1948 Tschechen wählen in freier Wahl mehrheitlich die KPC und damit 40 Jahre kommunistische Unterdrückung und Unfreiheit.

1968 Prager Frühling wird durch die Truppen des Warschauer Paktes gewaltsam unterdrückt. Dissidenten finden Aufnahme in Bayern, besonders bei Sudetendeutschen

1989 Samtene Revolution, Befreiung der CSSR vom Kommunismus. Vaclav Havel bedauert die Vertreibung. Helmut Kohl lehnt 2. Staatsbürgerschaft für die Sudeten ab

1992 Das Unrecht wird in der Deutsch-Tschechischen-Erklärung festgeschrieben, in der beide Seiten erklärten, dass sie: *„Ihre Beziehungen nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen belasten werden“*. *„Jede Seite bleibt ihrer Rechtsordnung verpflichtet“*. Artikel IV

2004 Aufnahme der Unrechtsstaaten CZ und SVK in die EU. Trotz immer noch geltenden Benes-Dekrete erfolgt die Aufnahme dieser Staaten in die EU. Damit wurde der Unrechts-Computervirus, *Bernd Posselt*, in die EU eingeschleust. Die EU hat damit den Anspruch verloren eine Rechts- und Wertegemeinschaft zu sein.

2002 - 2018 Seit diesen Zeitraum erhielt der Unrechtsstaat CZ von der EU der Bundesrepublik und dem Freistaat Bayern rund: 85 Milliarden Euro, die teilweise in dunklen Kanälen, sogar eines Ministerpräsidenten, verschwunden sind.

Vertreibung darf sich nicht lohnen. Deshalb ist die EU gefordert, anlässlich der Wahlen 2019 zum Europaparlament, endlich zu handeln und Mitgliedsstaaten, die an völkerrechtsverletzenden, diskriminierenden Gesetzen festhalten, aufzufordern, diese als von Anfang an, „ex tunc,“ für ungültig zu erklären.